

**Diakonie Deutschland  
Evangelisches Werk für Diakonie  
und Entwicklung e. V.**

Dr. Thomas Schiller  
Leiter Kommunikation

Caroline-Michaelis-Straße 1  
10115 Berlin  
T +49 30 65211-1356  
F +49 30 65211-3356  
thomas.schiller@diakonie.de  
[www.diakonie.de](http://www.diakonie.de)

## **Kinderkuren – Fragen und Antworten**

Sachstand: Mai 2021

### **Worum geht es?**

Die Kinderkuren waren ein Massenphänomen der bundesdeutschen Nachkriegszeit. In den 50er- bis 80er-Jahren wurden mehrere Millionen Kinder zu meist mehrwöchigen Aufenthalten zur Erholung in Kureinrichtungen geschickt – häufig an die See, ins Mittelgebirge oder in die Alpen. Ziel war die gesundheitliche Stärkung bei guter Ernährung und in frischer Luft. Die Kuren sind meist von Ärzten verschrieben oder von der Fürsorge bzw. Jugend- und Gesundheitsämtern veranlasst worden. Kostenträger waren in der Regel die Krankenkassen, betroffen waren Kinder aus allen sozialen Schichten.

Die Heime waren u. a. in Trägerschaft der – auch kirchlichen – Wohlfahrtsverbände. Die Praxis in den Häusern war sehr unterschiedlich. Unstrittig ist, dass einem nennenswerten Teil der Kinder Leid geschehen ist – sei es durch die damals praktizierten Erziehungsmethoden („schwarze Pädagogik“), sei es durch Übergriffe, die auch damals gegen geltendes Recht verstießen, aber kaum verfolgt worden sind. In den Veröffentlichungen überwiegen bei weitem die kritischen Stimmen, die Demütigung (z. B. Essenszwang, Redeverbote) oder Gewalt (z. B. Prügel, Misshandlungen, Medikamenteneinsatz) beklagen. Vereinzelt sind in Medien aber auch „Verschickungskinder“ zu Wort gekommen, die sich heute noch gern an ihre damalige Kur erinnern.

### **Was ist der aktuelle Stand?**

Im Mittelpunkt steht derzeit die Frage der Aufarbeitung – das ist auch das Hauptanliegen der bundesweiten „Initiative Verschickungskinder“. Diese ist allerdings beim Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit einem Förderantrag gescheitert, nach der Methode der „Citizen Science“ Betroffenen-basiert vorzugehen. Derzeit plant die Deutsche Rentenversicherung (DRV), einen Hochschullehrer der Humboldt-Universität Berlin mit einer wissenschaftlichen Untersuchung zu beauftragen. Hier sollte sondiert werden, ob sich Diakonie, Caritas und evtl. weitere Wohlfahrtsverbände beteiligen. Das anfängliche Medieninteresse, das 2021 noch einmal nach zwei Buchveröffentlichungen zum Thema belebt worden ist, ist derzeit abgeflaut. Die Betroffenen-Initiative führen derzeit Lobbying-Gespräche mit Bund, Ländern und Verbänden. Das Thema hat die Parlamente erreicht (z. B. Ausschussanhörung des NRW-Landtags im Juni 2021). Die Kinderkuren werden auf absehbare Zeit in Politik und Öffentlichkeit präsent bleiben.

### **Welche Dimension hat das Thema?**

Genaue Zahlen über die Kuren verschickten Kinder liegen bisher nicht vor, in Berichten wird von acht bis zehn Millionen gesprochen. Bundesweit gab es schätzungsweise rund 1.000 Heime in unterschiedlicher Trägerschaft. Nach bisherigem Stand handelt es sich um ein rein bundesdeutsches Thema. Aus der DDR sind keine vergleichbaren Problemanzeigen öffentlich geworden.

Nach bisherigen Recherchen zeichnet sich ein sehr komplexes und uneinheitliches Bild ab. Es wurden (teils sehr junge) Kinder allein in die Einrichtungen geschickt und in die Obhut des dortigen Personals gegeben. Es fuhrten aber auch ganze Gruppen oder Klassen in Begleitung ihrer Erziehungs- oder Lehrkräfte in die Kuren. Der Transport erfolgte oftmals mit der Deutschen Bundesbahn, die auch Sonderzüge einsetzte. Teilweise wurden Aufgaben der Organisation und Vermittlung von den öffentlichen Trägern der Jugendhilfe übernommen.

### **Was ist passiert?**

Die damals praktizierten Erziehungsmethoden und vieles, was in den Einrichtungen geschah, entspricht nicht den heutigen Kriterien der Gesundheitspflege, Sozialarbeit und Pädagogik. Aus den 50er- und 60er-Jahren sind einzelne Fälle dokumentiert, in denen auch aus der NS-Zeit belastete Mediziner Verantwortung in Einrichtungen trugen. Darüber hinaus gab es eine nennenswerte Zahl von Vorfällen, die auch nicht den Maßstäben der damaligen Zeit genügten und zum Teil gesetzeswidrig waren. Einrichtungen waren personell unterbesetzt und unterfinanziert. Der Umgang mit den Kindern war zum Teil demütigend und gewalttätig. Örtlich wurden Medikamente und Psychopharmaka missbräuchlich zur Ruhigstellung von Kindern eingesetzt. Die Berichte reichen bis hin zu einzelnen Todesfällen, die nur unzureichend aufgearbeitet worden sind. Drei Kinder starben 1969 in einem Heim der Inneren Mission in Bad Salzdetfurth (Niedersachsen). Das Diakonische Werk in Niedersachsen hat eine wissenschaftliche Untersuchung dazu veröffentlicht.

### **Wie stark ist die Kirche beteiligt?**

Wie viele Fälle die evangelische Kirche, die damalige Innere Mission, das Evangelische Hilfswerk bzw. die Diakonie betreffen, ist bisher nicht vollständig erhoben. Nach der amtlichen Gesundheitsstatistik aus den 60er-Jahren dürfte der Anteil der Plätze in evangelisch getragenen Häusern bei etwa zehn bis 15 Prozent der Gesamtzahl liegen. Etwa die Hälfte der fraglichen Kureinrichtungen war in privater Trägerschaft, (Krankenkassen und Stiftungen sind in diese Kategorie einbezogen), ein Sechstel war kommunal und ein Drittel unter dem Dach der (auch kirchlichen) Wohlfahrtsverbände. So sind für Württemberg 18 Erholungsheime in diakonischer Trägerschaft ermittelt worden. In Niedersachsen gab es zudem mehrere Häuser, die auswärtigen kirchlichen Trägern gehörten.

Die „Initiative Verschickungskinder“ ist bei Kirche und Diakonie auf den unterschiedlichen Ebenen mit der Bitte um Unterstützung vorstellig geworden. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat sich bei seiner Sitzung Ende November 2020 mit dem Thema befasst und gegenüber den Betroffenen sein großes Bedauern über die Vorgänge in kirchlichen Einrichtungen geäußert.

## **Wie organisieren sich die Betroffenen?**

Die Betroffenen organisieren sich auf Bundes- und Landesebene und teilweise in Bezug auf einzelne ehemalige Standorte. Seit etwa zehn Jahren sammelt die Aktivistin Anja Röhl Material und ist eine der Hauptorganisatorinnen. Sie war selbst mehrfach zu Kinderkuren verschickt und hat die „Initiative Verschickungskinder – Aufarbeitung und Erforschung von Kinder-Verschickungen e.V.“ mitgegründet, die im Herbst 2019 erstmals eine Tagung mit Betroffenen auf Sylt organisiert hat. Einzelne Personen stehen im Kontakt mit diakonischen Landesverbänden und der Diakonie Deutschland, ebenso mit Landeskirchen. Schwerpunkt der Organisation ist das Bestreben um Aufarbeitung sowie die Kommunikation mit und zwischen Betroffenen. In den bisherigen Publikationen und Äußerungen steht die Frage nach Entschädigungen im Hintergrund.

## **Welche Initiativen gibt es zur Aufarbeitung?**

Die historische Aufarbeitung gestaltet sich schwierig, da viele Akten der Behörden und Kostenträger nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen ordnungsgemäß vernichtet worden sind. Zudem haben viele Häuser inzwischen den Besitzer gewechselt, Trägerverbände sind aufgelöst oder in anderen Einheiten aufgegangen. Dennoch gibt es nach einer Vorstudie des Sozial- und Wirtschaftshistorikers Prof. Dr. Alexander Nützenagel (Humboldt-Universität Berlin) hinreichendes Material für eine wissenschaftliche Bearbeitung, an der die Deutsche Rentenversicherung interessiert ist. Vorgespräche auf der Arbeitsebene lassen die Möglichkeit sinnvoll erscheinen, dass sich Diakonie und Caritas an der DRV-Studie mit eigenen Fragestellungen beteiligen. Eine Einbeziehung von Berichten Betroffener ist vorgesehen.

Die „Initiative Verschickungskinder“ selbst strebt dagegen weiterhin eine Aufarbeitung im Rahmen Partizipativer Bürgerforschung („Citizen Science“) nach der Methode der Reflexive Grounded Theory an, die vor allem auf Basis von Erlebnisberichten Betroffener basiert. Involviert sind Wissenschaftler, die z. T. eigene Erfahrungen mit Kinderkuren haben. Ein Förderantrag wurde vom BMBF abgelehnt. Auch die Task Force der Diakonie Deutschland ist gegenüber diesem Ansatz skeptisch. Sie spricht sich für eine Beteiligung an der von der DRV initiierten wissenschaftlichen Untersuchung aus, die ggf. auch diakonisch und kirchlich gefördert werden sollte.

Inzwischen sind zwei Bücher zum Thema erschienen: von Anja Röhl unter dem Titel „Das Elend der Verschickungskinder“ und von der Journalistin Hilke Lorenz („Stuttgarter Zeitung“) unter dem Titel „Die Akte Verschickungskinder“. Beide Publikationen fußen stark auf den Berichten Betroffener.

Kritisch zu betrachten sind Zahlen, die das ARD-Magazin Report Mainz für einen Beitrag, der im November 2019 ausgestrahlt wurde, erhoben wurde. Es wurden Berichte von etwa 1.000 Betroffenen gesammelt und ausgewertet. Danach äußerten sich 94 Prozent der Befragten „eindeutig negativ“. 60 Prozent gaben an, dass sie bis heute unter der Kinderkur leiden. Zu berücksichtigen ist, dass die Untersuchung nicht repräsentativ ist, sondern dass sich bei diesem Vorgehen überdurchschnittlich viele Menschen mit negativen Erfahrungen melden. Es gibt auch einzelne Berichte Ehemaliger, die ihre Kur als eines der schönsten Erlebnisse ihrer Kindheit schildern.

## **Wie reagieren Bund und Länder?**

Die Bundespolitik reagiert zurückhaltend. Das BMBF hat den Forschungsantrag der Initiative abgelehnt, und auch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat sich bisher nicht klar zu einer Unterstützung bekannt, nachdem Ministerin Franziska Giffey (SPD) im Frühjahr 2020 erklärt hatte, einen Vorstoß der Länder zu prüfen. Im Landtag von Nordrhein-Westfalen wurde das Thema durch einen Antrag der SPD-Fraktion aufgegriffen, eine öffentliche Ausschussanhörung wurde für den 7. Juni 2021 angesetzt.

Auf Initiative von Landesregierungen (Baden-Württemberg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein) hatte sich die Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) am 27. Mai 2020 mit dem Thema befasst. In einem Beschluss erkennt die Konferenz das Leid an. Es zeige sich, dass es sich um ein bundesweites Phänomen gehandelt habe, an welchem verschiedenste Institutionen beteiligt waren. Die Minister erzielten Einigkeit, „dass die Geschehnisse in den Heimen, die Anzahl der Betroffenen und die institutionellen, strukturellen, individuellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen umfassend aufgeklärt werden müssen“. Der amtierende Vorsitzende der JFMK, Manfred Lucha (Baden-Württemberg, B90/Grüne), äußerte sich gegenüber der ARD, dass die Selbstorganisation und die Aufarbeitung aus öffentlichen Mitteln gefördert werden sollen. Dies geschieht teilweise in Baden-Württemberg, aber nicht im Bund.

## **Welches Echo hat das Thema in den Medien?**

Seit November 2019 ist das Thema in unterschiedlicher Intensität in den Medien. Nach der Ausstrahlung der „Report“-Sendung und der Tagung der Initiative auf Sylt wurde das Thema von einer Reihe von überregionalen und regionalen Medien aufgegriffen. Darin kamen vor allem Betroffene zu Wort und haben ihr Schicksal geschildert. Das Thema ist hoch emotional besetzt und erzielt dadurch eine hohe mediale Aufmerksamkeit.

In der ARD wurde das Thema im November 2019 in einer Sendung von „Report Mainz“ beleuchtet. Die Redaktion hat eine weitere monothematische Sendung produziert, die am 10. August 2020 mit dem Titel „Gequält, erniedrigt, drangsaliert“ ausgestrahlt worden ist. In dem Beitrag werden aus dem evangelischen Bereich – wie bereits in der Report-Sendung Ende 2019 – die Todesfälle in Bad Salzdetfurth erwähnt. Der Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks in Niedersachsen, Hans-Joachim Lenke kommt zu Wort, der das Geschehen als desaströs bezeichnet: „Das beschämt uns.“ Aus seiner heutigen Sicht hätte man die Einrichtung Ende der 60-er Jahre auf Grund der Ressourcenlage schließen müssen, bevor es zu diesen Fällen gekommen sei.

Weiteres Medieninteresse gab es nach der Veröffentlichung der Bücher von Röhl und Lorenz, die in zahlreichen Zeitungen und Sendern rezensiert wurden oder Anlass zu weiteren eigenen Interviews und Recherchen gaben.

## **Wie sieht die Kommunikationsstrategie der Diakonie Deutschland aus?**

Die Diakonie Deutschland hat im November 2019 eine Task-Force-Gruppe eingesetzt. Beteiligt sind das Zentrum Kinder, Jugend, Familie und Frauen, das Referat Medizinische Rehabilitation, Prävention und Selbsthilfe, die politische Kommunikation im Vorstandsbereich Sozialpolitik, das EWDE-Archiv und das Zentrum Kommunikation. Ziele sind die Sammlung von Fakten, die

Vorbereitung und Begleitung einer wissenschaftlichen Aufarbeitung sowie die Kommunikation nach innen und außen.

Es gibt keinen Zweifel daran, dass auch in evangelischen Kureinrichtungen junge Menschen im Rahmen von Kinderkuren Leid erfahren haben. Die ist bereits in öffentlichen Stellungnahmen der Diakonie und auch der EKD anerkannt worden. Ebenso ist der klare Wille zur Aufarbeitung bekundet.

Grundsätzlich handelt es sich bei Kinderkuren um kein rein kirchliches Thema, da die überwiegende Zahl der Einrichtungen nicht in Trägerschaft von Kirchen, Diakonie oder Caritas war. Das ist ein wesentlicher Unterschied zur Heimerziehung der 60er- und 70er- Jahre, bei der die Einrichtungen zu rund 80 Prozent kirchlich getragen waren.

Angestrebt wird weiterhin ein gemeinsames Vorgehen der Wohlfahrtsverbände. Bisher ist neben der Diakonie nur die Caritas an die Öffentlichkeit getreten. Die Diakonie Deutschland hat das Thema in die Gremien der Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege eingebracht. Die Reaktionen der anderen Verbände, sich zu engagieren, waren verhalten. Inzwischen gibt es auch Signale des Deutschen Roten Kreuzes, sich der Aufarbeitung anzunehmen. Zu prüfen ist auch die Abstimmung mit Bund, Ländern und Versicherungsträgern. Die Krankenkasse DAK-Gesundheit, selbst Heimträger, hat sich bei früheren Verschickungskindern öffentlich entschuldigt und will die historische Untersuchung fördern.

Im Einzelfall nicht auszuschließen sind Überschneidungen mit dem Thema Sexualisierte Gewalt. Die Diakonie Deutschland hält die Themen wegen der notwendigen Differenzierung in puncto Ausmaß und Betroffenheit auseinander.

2021-05-05 ts